



Niederschrift

68. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 25.04.2007
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 17:30 Uhr
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	bis 18:55 Uhr
Herr Brödnö, Sven	Die Andere	bis 18:05 Uhr

Nicht anwesend sind:

Herr Mühlberg, Andreas	SPD	entschuldigt
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB
Herr Wanke und Prinzessin von Preußen, Tierschutzverein Potsdam
Herr Hechel, SV Babelsberg 03
Herr Ernst, FB Umwelt und Gesundheit
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Dr. Pokorny,
Frau Ewers, FB Schule und Sport
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 11.04.2007

- 2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)
Vorlage: 07/SVV/0141
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 3 Budgets für Bürgerinitiativen
Vorlage: 07/SVV/0167
Fraktion DIE LINKE. PDS

- 4 Kommunaler Finanzierungsanteil für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des SGB II in der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA)
Vorlage: 07/SVV/0289
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

- 5 Befristete externe Einstellung einer Arzthelferin im Bereich Gesundheitsamt
Vorlage: 07/SVV/0329
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

- 6 Befristete externe Einstellung einer Arzthelferin im Bereich Gesundheitsamt
Vorlage: 07/SVV/0330
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

- 7 Externe Besetzung einer Erzieher/innen-Stelle im Wohnheim der Sportschule
Vorlage: 07/SVV/0331
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

- 8 Externe Stellenbesetzung Sachbearbeiter Buchhaltung, stellv. Leiterin bzw. stellv. Leiter der Hauptbuchhaltung
Vorlage: 07/SVV/0332
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

- 9 Mitteilungen der Verwaltung

- 9.1 Entwicklung der Strompreise
Vorlage: 07/SVV/0162
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

- 9.2 Berichterstattung über die in der Landeshauptstadt Potsdam erfolgten Akteneinsichten, Nachweisführung der AIG-Anwendung
Vorlage: 07/SVV/0151
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

- 9.3 Direktabrechnung Straßenreinigung durch die STEP

Vorlage: 07/SVV/0278
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 9.4 Erstes Brandenburgisches Bürokratieabbaugesetz (1. BbgBAG) - Sachstandsbericht zur Experimentierklausel
Vorlage: 07/SVV/0253
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 9.5 Information zum Tierheim
- 9.6 Bericht aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern
- 9.7 Umzug der Eisenhart-Grundschule
DS 06/SVV/1029
- 10 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 11.04.2007

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese um eine Information zur Bewerbung „Fußball WM 2011“ zu erweitern. Im Weiteren begrüßt er als Vertreter des Tierschutzvereins dessen Vorsitzenden Herrn Wanke und die Prinzessin von Preußen, die zum TOP 9.5 eingeladen sind. Er schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt ebenfalls zu Beginn zu behandeln und dem Antrag auf Rederecht der Fraktion DIE LINKE. PDS für diese beiden Gäste zuzustimmen. Gegen die so geänderte Tagesordnung des öffentlichen Teils und das beantragte Rederecht erheben sich kein Widerspruch.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 67. Sitzung vom 11.04.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit Stimmenmehrheit, bei 4 Stimmenthaltungen, bestätigt.

neu Information zur Bewerbung der Stadt zur Fußball WM 2011

Der Oberbürgermeister informiert, dass bezüglich einer Bewerbung der Stadt zur Fußball WM 2011 verschiedene Standorte untersucht wurden und man sich letztlich für das Karl-Liebknecht-Stadion entschieden habe. Mittlerweile sei es aber so, dass ein Neubau nicht bezahlbar und auch nicht zu verantworten wäre, da sich die ursprünglichen Kosten von 40 auf 53 Millionen Euro erhöht hätten. Im Weiteren habe es zu den von der FIFA geforderten Umbauarbeiten erhebliche

Bedenken der UNESCO bezüglich des Umgebungsschutzes des Weltkulturerbes gegeben. Ebenso gebe es Probleme mit den Emissionswerten und ein Lärm-schutzgutachten habe ergeben, dass Grenzwerte überschritten werden. Das seit drei Wochen vorliegende Pflichtenheft der FIFA fordere darüber hinaus eine wei-tere Aufstockung der Besucherplätze, so dass nun nicht mehr zehn-, sondern fünfzehntausend Plätze geschaffen werden müssten. Daneben werden u.a. Parkplätze für Autos und Busse, Trainingsplätze und ein Hubschrauberlandeplatz gefordert. Deshalb gebe es die Empfehlung, nicht an einer Bewerbung festzuhal-ten. Neben den genannten Problemen gebe es auch Bedenken, die 15.000 Zu-schauerplätze dauerhaft auslasten zu können und die Betriebs- und Abschrei-bungskosten seien zu hoch. Auf eine ausreichende Unterstützung des Bundes könne man nicht hoffen, wie das Beispiel „Leipzig“ zeige. Er bittet um Verständnis dafür, dass Potsdam sich nicht bewerbe; die seit gestern Abend vorliegenden Zahlen können nur zu dieser Empfehlung führen.

Abschließend betont der Oberbürgermeister, dass die vorbereitenden Arbeiten nicht umsonst gewesen seien und weiter genutzt werden können. Die qualifizier-ten Zuarbeiten hätten zu der jetzigen Entscheidung beigetragen.

Herr Schubert bittet, die Stadtverordneten bei den weiteren Schritten bezüglich des Karl-Liebknecht-Stadions „mit auf den Weg zu nehmen“ und Entscheidungen dieser Tragweite, wie die Bewerbung zu einer Fußball-WM, nicht so kurzfristig an den politischen Raum heranzutragen. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass das selbstverständlich sei, in diesem Fall habe das umfängliche Pflichtenheft der Fifa aber erst vor drei Wochen vorgelegen, womit die Zeit der Vorbereitung denk-bar knapp gewesen sei.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass dieses Thema bereits im September letz-ten Jahres diskutiert wurde und er den Eindruck habe, dass seitdem nichts pasi-ert sei. Plötzlich gehe es „von 0 auf 100“, was inakzeptabel sei und entspre-chender Schlussfolgerungen bedürfe. Die Stadtverordneten hätten schon vor drei Wochen informiert werden sollen und der Punkt ordnungsgemäß in die Tages-ordnung des Hauptausschusses aufgenommen werden müssen.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch wird festgestellt, dass es keines Be-schlusses des Hauptausschusses bedarf, der die „Nicht-Bewerbung“ beinhalte.

(Den Mitgliedern des Hauptausschusses wird eine schriftliche Mitteilung zum Thema WM-Stadion ausgereicht.)

zu 2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)

Vorlage: 07/SVV/0141

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann bringt die Vorlage ein und verweist in seinen Ausführungen auf die am 19. April mit den Unterlagen für die nächste StVV ausgereichte Drucksache mit einem ergänzten Beschlussvorschlag und weiteren Änderungen. Diese haben sich aus dem bisherigen Diskussionsprozess ergeben und seien in folgen-de drei Bestandteile aufgegliedert – A – Priorisierung der Schlüsselmaßnahmen für die EFRE-Spitzenförderung, B – Anregungen / Änderungsvorschläge aus den Gremien und C - Ergebnisse des Fach- und Bürgerforums zum INSEK. Anschlie-ßend erläutert Herr Goetzmann diese Bestandteile und den derzeitigen Stand der Absprachen mit dem Land.

In der sich anschließenden Diskussion meint Herr Dr. Scharfenberg, dass diese

Vorlage erst am 2. Mai in die StVV eingebracht werde und das Votum des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft fehle, so dass eine heutige Abstimmung im Hauptausschuss nicht notwendig sei. Dem widerspricht der Oberbürgermeister und verweist darauf, dass die am 19. April ausgereichte Drucksache keine neue Vorlage sei, sondern das Ergebnis der Beratung in den Ausschüssen und Ortsbeiräten und es deshalb schon um eine Beschlussfassung am 02. Mai 07 gehe.

Frau Dr. Schröter fragt nach, wann das Land die Paradigmen geändert habe. Bisher sei man ganz anders an das INSEK herangegangen. Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass das ein diffiziles Problem sei, da es beim INSEK nicht nur um eine Spitzenförderung gehe, sondern um die Querverbindung mit anderen Fördertöpfen. Derzeit nehme man die Signale aus dem Land so wahr, dass es dort an der ressortübergreifenden Diskussion mangle.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie mit den Ausschussvoten umgegangen werde, antwortet Herr Goetzmann, dass über den Teil B der geänderten Vorlage hinausgehende Vorschläge geprüft, in der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe beraten und in die Fortschreibung des INSEK aufgenommen werden. Im Weiteren merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass sich der Charakter des INSEK im laufenden Verfahren geändert habe und die Stadt ein anderes Selbstverständnis dazu habe als das Land. Herr Goetzmann bestätigt, dass sich die Forderungen des Landes geändert haben, die Stadt aber bei ihrer Auffassung bleibe. Allerdings sei das INSEK eine „flexible Geschichte“, die man jährlich auf den Prüfstand stellen müsse.

Herr Kümmel meint, man wolle das INSEK nutzen, um eine Diskussion zu initiieren, Geld aus dem EFRE-Programm zu bekommen und letztlich ein „tatsächliches Stadtentwicklungskonzept zu machen“. Da sei es völlig korrekt, die Ergebnisse der Diskussion mit einfließen zu lassen.

Herr Bretz bittet den Oberbürgermeister, einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten. Der Oberbürgermeister schlägt vor, auf eine Abstimmung im heutigen Hauptausschuss zu verzichten, die geänderte Vorlage in den Fraktionen zu beraten und am 02. Mai in der StVV eine Entscheidung herbeizuführen. Auf eine erneute Überweisung in die Fachausschüsse und die Wiederholung der Debatten aus den Fachausschüssen sollte allerdings verzichtet werden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 Budgets für Bürgerinitiativen

Vorlage: 07/SVV/0167

Fraktion DIE LINKE. PDS

Änderungsantrag SPD

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und berichtet über eine Anhörung der Fraktion DIE LINKE. PDS von dazu zählenden Bürgerinitiativen, die sich für überregionale Aufgaben verantwortlich fühlen und kontinuierlich mit der Stadt zusammenarbeiten. Diese Bürgerinitiativen seien an einer derartigen Regelung sehr interessiert, weil dadurch deren Arbeit anerkannt und auch stabilisiert werde. Ebenso habe es großes Interesse an Zusammenkünften, wie z.B. einem jährlichen Erfahrungsaustausch mit der Stadt, gegeben. Für die Gegenargumente des Oberbürgermeister aus der letzten Sitzung der StVV habe es dagegen eher Unverständnis gegeben.

Anschließend bringt Herr Kümmel den Änderungsantrag der Fraktion SPD mit

folgendem Wortlaut ein:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Einrichtung eines Projektfonds für Bürgerinitiativen im Rahmen der Bürgerkommune zu prüfen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2007 über das Ergebnis und finanzielle Auswirkungen zu informieren.

Auch die Fraktion SPD sei für eine Unterstützung der Bürgerinitiativen, die aber nicht zu Zuwendungsempfängern werden sollten. Außerdem gebe es auch rechtliche Probleme, da Bürgerinitiativen, soweit sie keine eingetragenen Vereine sind, keine rechtlichen Personen darstellen.

Namens der Fraktion der CDU meint Herr Bretz, dass seine Fraktion mit dem Inhalt Probleme habe und deshalb ebenfalls einen Änderungsantrag einbringen werde, der folgenden Wortlaut hat:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

- *inwiefern und in welchem Umfang Bürgerinitiativen eine städtische Unterstützung in Form von Sachleistungen (z.B. Räumlichkeiten) erhalten können sowie*
- *welche Verbesserungsmöglichkeiten und Chancen in der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Bürgerinitiativen gerade vor dem Hintergrund des Vorhabens Bürgerkommune und Bürgerhaushalt gesehen werden.*

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2007 zu informieren.

Das Problem bestehe u.a. darin, dass mit einem Budget für Bürgerinitiativen eine zusätzliche freiwillige Leistung geschaffen werde. Weitere Fragen seien, wie das Verfahren ablaufen und wie viel Geld zur Verfügung gestellt werden solle. Da die Frage des Maßstabes nicht geklärt sei, werde damit ein „politischer Verteilungskampf“ eröffnet und die jeweiligen Mehrheiten würden darüber entscheiden, wer was bekommt, was wiederum zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten führe.

Herr Schüler betont, dass die Fraktion Grüne/ B 90 die Intentionen der Unterstützung von Bürgerinitiativen mittrage, gleichzeitig aber auch Risiken sehe. Für seine Fraktion sei es nicht vorstellbar, dass die Auswahl durch die StVV erfolge und sie somit Einfluss auf die Durchsetzung von Inhalten der Bürgerinitiativen nehme. Deshalb sollte der Prüfauftrag in die Richtung gehen, wie Bürgerinitiativen überhaupt unterstützt werden können und dafür geeignete Mittel und Wege finden.

Herr Schubert meint, dass er sich Sachleistungen persönlich wenig vorstellen könne, trotzdem sollte es eine umfassende Prüfung aller Möglichkeiten geben. Deshalb soll der Änderungsantrag der Fraktion SPD nun als Ergänzungsantrag in die DS 07/SVV/0167 aufgenommen werden.

Frau Dr. Schröter betont, dass die Bürgerinitiativen eine Konzentration auf Projektmittel auch als schwierig ansehen, weil diese am Anfang des Jahres vergeben werden, wo noch nicht alle Vorhaben konkret geplant seien. Mit dem Prüfauftrag müsse man einen unkomplizierten und händelbaren Modus finden, denn es sei davon auszugehen, dass die bereitgestellten finanziellen Mittel so hoch nicht sein werden.

Herr Exner betont, dass es derzeit nur ein Prüfauftrag sei und der Prüfraumen nicht so eng gesteckt werden sollte. Darüber hinaus sei das eine neue freiwillige Aufgabe, die entsprechend HSK nicht zulässig sei. So müsse man sehen, inwieweit sich das Vorhaben in das der Bürgerkommune mit einbinden lasse. Für ihn sei auch die Frage, inwieweit sich die Bürgerinitiativen von staatlichen Mitteln abhängig machen wollen. Aus seiner Erfahrung heraus sind logistische Fragen,

wie die Räumlichkeiten, Kopiermöglichkeiten etc. für Bürgerinitiativen auch wichtig. Ebenso stelle die bereits angesprochene fehlende „juristische Person“ für die Auszahlung und Nachweisführung der Mittel ein Problem dar. Abschließend bittet Herr Exner um eine Terminverschiebung auf Dezember 2007.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass das Vorhaben natürlich in die Bürgerkommune mit einzubinden sei und schlägt vor, die Anträge der SPD und der CDU als Ergänzungsanträge zu behandeln und in die Prüfung mit einzubeziehen. Er werde die Textfassung entsprechend überarbeiten. Bezüglich der erbetenen Terminänderung einigt man sich auf November 2007.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welcher Form Bürgerinitiativen, die sich übergreifend und stabil um Probleme in den Wohngebieten kümmern und damit der Verwaltung als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, eine städtische Unterstützung erfahren können.

Folgende Varianten sind in die Prüfung einzubeziehen:

1. Einrichtung eines Budgets für Bürgerinitiativen
2. Einrichtung eines Projektfonds für Bürgerinitiativen
3. Unterstützung in Form von Sachleistungen (z. B. Räumlichkeiten)

Weiterhin ist zu prüfen, welche Verbesserungsmöglichkeiten und Chancen in der Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den Bürgerinitiativen gerade vor dem Hintergrund des Vorhabens „Entwicklung der Stadt Potsdam zur Bürgerkommune“ bestehen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im November 2007 über das Ergebnis der Prüfungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: -
Stimmenthaltung: 1

zu 4

Kommunaler Finanzierungsanteil für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des SGB II in der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA)

Vorlage: 07/SVV/0289

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Herr Exner informiert über den derzeitigen Sachstand und schlägt vor, das Verfahren auszusetzen und die Vorlage bis auf Weiteres zurückzustellen. Man habe in bisherigen Gesprächen versucht, mit der PAGA „auf einen Nenner zu kommen“ und einen Verfahrensvorschlag in der Art unterbreitet, dass die Zahlung der geforderten Beträge unter Vorbehalt erfolge und mit der Option der Zurückzahlung, wenn gerichtlich festgestellt werde, dass die Kündigung seitens der Arbeitsagentur unwirksam sei. Mit einem Schreiben vom heutigen Tage wurde dieses Verfahren von der Gegenseite abgelehnt. Insgesamt seien bundesweit 9 Kündigungen dieser Art bekannt und zahlreiche in Vorbereitung.

Deshalb werde sich die Stadt Rat von sachkundiger Seite einholen und dazu den Rechtsanwalt Herrn Dombert einbeziehen, der sich mit dem Thema befasst. Wenn es von seiner Seite die Empfehlung für die Einreichung einer Kündigungsklage geben sollte, werde man das tun. Deshalb der Vorschlag, die DS bis dahin zurückzustellen.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen und gegen das vorgeschlagene Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 5 Befristete externe Einstellung einer Arzthelferin im Bereich Gesundheitsamt
Vorlage: 07/SVV/0329**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Der Hauptausschuss beschließt:

Der befristeten externen Einstellung einer Arzthelferin mit 0,75 VZE für ein Jahr Jugendgesundheitsdienst des Bereiches Gesundheitsamt wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: -
Stimmenthaltung: 1

**zu 6 Befristete externe Einstellung einer Arzthelferin im Bereich Gesundheitsamt
Vorlage: 07/SVV/0330**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Der Hauptausschuss beschließt:

Der befristeten externen Einstellung einer Arzthelferin mit 1,00 VZE für ein Jahr im Amts- und Vertrauensärztlichen Dienst des Bereiches Gesundheitsamt wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: -
Stimmenthaltung: 1

zu 7 Externe Besetzung einer Erzieher/innen-Stelle im Wohnheim der Sportschule

Vorlage: 07/SVV/0331

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Der Hauptausschuss beschließt :

Die befristete externe Einstellung eines Erziehers / einer Erzieherin für das Wohnheim der Sportschule ab 1. Mai 2007 zunächst bis zum 31.07.2008, längstens bis zur Rückkehr der Stelleninhaberin. Die Dauer richtet sich nach dem Zeitraum der Arbeitsunfähigkeit der Mitarbeiterin.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: -
Stimmenthaltung: 1

zu 8 Externe Stellenbesetzung Sachbearbeiter Buchhaltung, stellv. Leiterin bzw. stellv. Leiter der Hauptbuchhaltung
Vorlage: 07/SVV/0332

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle mit dem Aufgabenbereich SB Hauptbuchhaltung, stellv. Leiterin bzw. stellv. Leiter des Organisationsbereiches Hauptbuchhaltung im Servicebereich Finanzen und Berichtswesen wird befristet für die Dauer von 2 Jahren mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden zur externen Besetzung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

zu 9.1 Entwicklung der Strompreise

Vorlage: 07/SVV/0162

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Zurückgestellt zur Sitzung am 09. Mai 2007.

zu 9.2 Berichterstattung über die in der Landeshauptstadt Potsdam erfolgten Akteneinsichten, Nachweisführung der AIG-Anwendung

Vorlage: 07/SVV/0151

Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

Herr Dr. Scharfenberg stellt fest, dass entgegen bisheriger Mitteilungsvorlagen die Auflistung der abgelehnten Anträge und die Begründung für die Ablehnung fehle. Er bittet, das nachzureichen und zukünftig zu beachten. Herr Dr. Pokorny sagt zu, die fehlenden Informationen nachzureichen.

zu 9.3 Direktabrechnung Straßenreinigung durch die STEP

Vorlage: 07/SVV/0278

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 9.4 Erstes Brandenburgisches Bürokratieabbaugesetz (1. BbgBAG) - Sachstandsbericht zur Experimentierklausel

Vorlage: 07/SVV/0253

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

Herr Dr. Scharfenberg fragt dazu nach, wie sich die gesetzliche Ausgestaltung auswirkt und was verändert werden müsste, um das Gesetz handhabbarer zu machen. Im Weiteren bittet er, den Hauptausschuss in das weitere Verfahren der Nutzung mit einzubeziehen. Herr Exner verweist auf die Mitarbeit der Landes-

hauptstadt Potsdam in der dazu vom Städte- und Gemeindebund eingerichteten Arbeitsgruppe. In Übereinstimmung und Absprache mit anderen Kommunen werde hier besprochen, welche Vorschläge als sinnvoll erachtet werden. Leider sei für Potsdam davon nicht viel nutzbar und deshalb wurden die beiden Anträge, die Potsdam gestellt hat, der Vorlage beigelegt. Festzustellen sei aber auch, dass das **Bürokratieabbaugesetz** auch wieder eine Art Bürokratie erzeuge, weil aus den Maßnahmen eine Berichtspflicht entstehe. Er sehe bei der Umsetzung des Bürokratieabbaugesetzes aber auch das Land selbst in der Pflicht, die eigenen Regelungen zu prüfen und das nicht nur den Kommunen zu überlassen.

zu 9.5 Information zum Tierheim

Der Oberbürgermeister bittet Herrn Ernst, in Vertretung für Frau E. Müller den Sachstand zur Kenntnis zu geben. Herr Ernst führt dazu aus, dass es bezüglich der Standortfrage Verständigungen im Tierheimbeirat gegeben habe und eine verwaltungsinterne Projektgruppe gebildet wurde. Die Stadtverordnetenversammlung sei durch Anträge und Mitteilungsvorlagen entsprechend informiert. An Hand einer Folie, die dem Protokoll als Anlage beigelegt wird, erläutert er zwei Standorte, nämlich die „Marquardter Straße“ im OT Fahrland und den „Weg nach Bornim“ im Ortsteil Eiche. Beide Grundstücke seien nach bestimmten Kriterien, wie z.B. Größe, Lage Entfernung zur Wohnbebauung, Erschließungsgrad, Erreichbarkeit und bauliche Einstufung verglichen worden, die durch Herrn Ernst erläutert werden. Im Ergebnis sei festzustellen, dass beide Grundstücke geeignet seien. Seitens der Verwaltung werde das Grundstück in Eiche favorisiert, da es einen „gesunden Mittelweg“ z.B. bei der Erreichbarkeit darstelle und es auch keine Einschränkungen bei der Bebaubarkeit gebe. Allerdings fehle noch die endgültige Stellungnahme des Tierschutzvereins. Abschließend erläutert Herr Ernst die Kosten, zu denen zwei Wertgutachten in Auftrag gegeben worden seien und im Ergebnis feststellen, dass die Kosten bei einem Erwerb durch den Tierschutzverein bei beiden Grundstücken nahezu identisch seien und sich bei einem vereinbarten Erbbaurecht auf ca. 75 Euro monatlich belaufen.

Anschließend erläutert Herr Wanke die jüngste Entwicklung im Tierschutzverein, dessen Konzept für einen Tierheimneubau und die Auffassung des Tierschutzvereins zu den geprüften Grundstücken. Ergänzt werden die Ausführungen durch die Prinzessin von Preußen, die die Stadt auffordert, drei weitere Grundstücke in die Prüfung mit einzubeziehen und in der endgültigen Entscheidung zu berücksichtigen. Darüber hinaus seien die Vereinbarungen im Gespräch mit dem Oberbürgermeister seitens der Verwaltung nicht erfüllt worden.

Frau Knoblich verweist in ihren Ausführungen als Mitglied des Tierheimbeirates darauf, dass diese drei Grundstücke – Philippsthal, Michendorfer Chaussee und Güterfelder Heide - nicht im Besitz der Stadt seien und somit nicht in die Prüfung einbezogen werden können. Sie meine, nicht nur der Tierheimbeirat, sondern auch die Verwaltung habe sehr engagiert gearbeitet und war bemüht, die Aufträge abzarbeiten. Leider drehe sich die Diskussion im Tierheimbeirat „im Kreis“. Bis zum 16. April sollte sich der Tierschutzverein entscheiden, ob er das Grundstück in Eiche nun nehme oder nicht. Er habe sich nach ihrer Kenntnis für das Grundstück entschieden, ziehe sich aber nun auf die drei anderen Grundstücke zurück und stelle immer neue Kostenforderungen. Wenn nicht nach dem Prinzip „Vertrauen gegen Vertrauen“ gearbeitet werde, werde das nicht zum Ziel führen. Sie betont abschließend, dass die Verwaltung über die Maßen engagiert gearbeitet habe.

Der Oberbürgermeister meint, er sehe zwei Probleme – zum einen die Grundstücksprüfung und zu anderen, wenn das Grundstück in Eiche geeignet erscheint, wäre die Annahme einer Kontamination des Bodens Grund für die fehlende Zustimmung des Tierschutzvereins, ohne dass diese Annahme konkret belegt werden könne.

Bezug nehmend auf die Kritik der Prinzessin von Preußen, die Verwaltung habe die Zusagen des Oberbürgermeisters nicht erfüllt, bestätigt Herr Ernst, dass sein Fachbereich mit der Prüfung von 5 Grundstücken beauftragt wurde. Davon habe er zwei eben erläutert, zwei seien in anderen Gemarkungen, die nicht zur Landeshauptstadt gehören (hier seien die Ansprechpartner aber dem Tierschutzverein benannt und Unterstützung zugesagt worden) und die Michendorfer Chaussee sei umfassend geprüft und das Ergebnis gegenüber dem Tierschutzverein dargestellt worden. Ebenso sei der Auftrag, eine Baukostenkalkulation vorzulegen, erfüllt worden, die er auch vorlegen könne. Allerdings sei es schwierig, ein Grundstück zu suchen, ohne ein konkretes Konzept zu kennen, denn das fehle bis heute.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es nicht darum gehe, Vorwürfe auszutauschen, sondern problemorientiert zu arbeiten. Der Tierschutzverein sei immerhin ehrenamtlich tätig und leiste eine tolle Arbeit. Für ihn stelle sich die Frage, was gegen Eiche spreche. Sollte es eine Kontamination geben und die Stadt sich sicher sein, die gebe es nicht, könne eine entsprechende Vereinbarung zur Kostenübernahme durch die Stadt vertraglich geregelt werden. Dann sei noch die Frage zu klären, wie die unterschiedlichen Auffassungen zur benötigten Grundstücksgröße zustande kommen.

Herr Ernst antwortet darauf, dass das Grundstück in Eiche nicht alllastenfrei sei, diese aber nicht so schwerwiegend seien, dass man sie nicht beseitigen könne. Dazu gebe es auch die Bereitschaft der Stadt. Der vorhandene Bauschutt soll an die Seiten geschoben werden und damit gleichzeitig als Wall für den Lärmschutz dienen. Bezüglich der Grundstücksgröße führt er aus, dass der Tierschutzverein 8 ha beanspruche, das Grundstück in Eiche insgesamt 7,2 ha groß sei, davon 5,5 ha benutzbare Fläche und der Rest Wald. Diese Fläche werde von Fachleuten als ausreichend angesehen.

Herr Heinzl, der ebenfalls Mitglied im Tierheimbeirat ist, meint, die Verwaltung habe hier professionelle Arbeit geleistet und sowohl den Tierheimbeirat als auch den Tierschutzverein unterstützt. Er fordert den Tierschutzverein auf, seine Forderungen zu „kappen“ und alle Beteiligten, alles für die Umsetzung des Standortes Eiche zu tun.

Der Oberbürgermeister schließt sich dem an und meint, man solle nun endlich „Nägel mit Köpfen“ machen. Für die Kontamination sei ein Weg aufgezeigt und die Aufnahme einer entsprechenden Formulierung in den Vertrag verhandelbar. Jetzt sollten keine Alternativstandorte mehr ins Gespräch gebracht, sondern Eiche favorisiert werden. Er macht nachdrücklich darauf aufmerksam, dass es im Interesse der Stadt sei, eine Einrichtung zu haben, in der Tiere untergebracht und entsprechend versorgt werden. Was aber nicht Aufgabe der Stadt sein könne, ist z.B. ein Tierfriedhof oder ein Gnadenhof, die zwar sinnvoll, aber durch die Stadt nicht finanzierbar seien.

Bezüglich der Nachfrage von Frau Bankwitz, von welchen Funktionen mit welchen Flächenbedarfen man eigentlich rede, einigt man sich auf das Ausreichen einer diesbezüglichen Folie, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

zu 9.6 Bericht aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern

Herr Jetschmanegg berichtet, dass die Drucksachen „Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Aktualisierung der Prioritätenfestlegung“, DS 07/SVV/0209, und die „Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes zur Anpassung des Platzangebotes für Kindertagesbetreuung an eine bedarfsgerechte Versorgung im Zeitraum Januar 2007 bis zum Ende des Kita Jahres 2007/2008“, DS 07/SVV/0182, besprochen wurden, die dann in den Ortsbeiratsitzungen behandelt werden. Ein weiteres Thema waren Holzfeuer und der dazu gefasste Beschluss der StVV.

**zu 9.7 Umzug der Eisenhart-Grundschule
DS 06/SVV/1029**

Der Oberbürgermeister erinnert an die bereits bekannte Terminalschiene, die vorsieht, dass am 14. Mai entsprechende Informationen vorliegen.

zu 10 Sonstiges

Frau B. Müller verweist auf die schriftlich ausgereichte Stellungnahme des Rechtsamtes, die allen Mitgliedern des Hauptausschusses als Tischvorlage ausgereicht wurde und das Zurückziehen von Anträgen betrifft. Dazu habe die Fraktion Die Andere einen Antrag für die nächste Sitzung der StVV eingereicht, der den Oberbürgermeister beauftragen soll, die Möglichkeit des Zurückziehens zu prüfen und bei Bedarf eine Änderung für die Geschäftsordnung vorzuschlagen. Da eine rechtliche Prüfung bereits erfolgt ist und auch ein Vorschlag für eine Änderung der Geschäftsordnung vorliege, bittet sie die Fraktionen um die Meinungsbildung, ob der Antrag der Fraktion dahingehend modifiziert werden könne, dass der empfohlene Passus am nächsten Mittwoch beschlossen werden könnte.

Frau Bankwitz spricht sich gegen den Vorschlag aus und meint, man solle einen regulären Antrag für die Sitzung der StVV im Juni einreichen, um sich in den Fraktionen zu dem Antrag auch beraten zu können.

Herr Bretz bittet, die Stellungnahme den Fraktionsgeschäftsführern zuzuleiten und sich dazu im Ältestenrat noch einmal zu verständigen.

Frau Dr. Schröter bezieht sich in ihren Ausführungen auf eine dpa-Meldung, in der die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Prof. Dr. Wanka, über die Bewerbung Potsdams als Stadt der Wissenschaft äußert und kritisiert, dass Potsdam die von ihrem Ministerium angebotene Unterstützung nicht in Anspruch genommen habe. Frau Dr. Schröter fragt nach, ob diese Aussage den Tatsachen entspreche und wenn ja, warum das so war. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass er nur ein Angebot aus dem Jahr 2005 kenne, und zwar nach der ersten gescheiterten Bewerbung der Landeshauptstadt. Danach habe er keine entsprechenden Signale der Landesregierung mehr erhalten.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem Stand der Gespräch zur Tram-Brücke. Der Oberbürgermeister informiert, dass das angekündigte Gespräch stattgefunden, aber noch kein Ergebnis gebracht habe. Deshalb werde es ein weiteres Gespräch am morgigen Tag geben, über dessen Ergebnis er informieren werde.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach dem Prüfergebnis bezüglich der Berechnung der Straßenreinigungsgebühren für die Wichgrafstraße. Da dies nicht beantwortet werden kann, sagt der Oberbürgermeister eine kurzfristige Information zu.

Frau Dr. Müller erinnert an ihre Frage im letzten Hauptausschuss bezüglich des Offenhaltens des Fahrradweges am Campingplatz Gaisberg. Der Oberbürgermeister verweist auf die getroffene Vereinbarung, die Schranken von 8:00 Uhr bis zum Dunkelwerden offen zu halten und darauf, dass es angestrebt sei, diese Regelung auch dauerhaft in den Pachtvertrag aufzunehmen.

Frau Dr. Schröter fragt nach dem Stand bezüglich der Ansiedlung der Stiftung „Baukultur“ und will insbesondere wissen, ob bereits Personalmittel fließen und wie mit den dafür geplanten Hauptstadtmitteln umgegangen werde. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass noch keine Mittel für Personal gezahlt werden, weil es das noch nicht gebe. Derzeit habe erst die konstituierende Sitzung des Stiftungsrates stattgefunden. Zu den Hauptstadtmitteln werde er in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses informieren.